

Kleine unter Druck

Ist Steuerpolitik nicht mehr länger Ländersache?

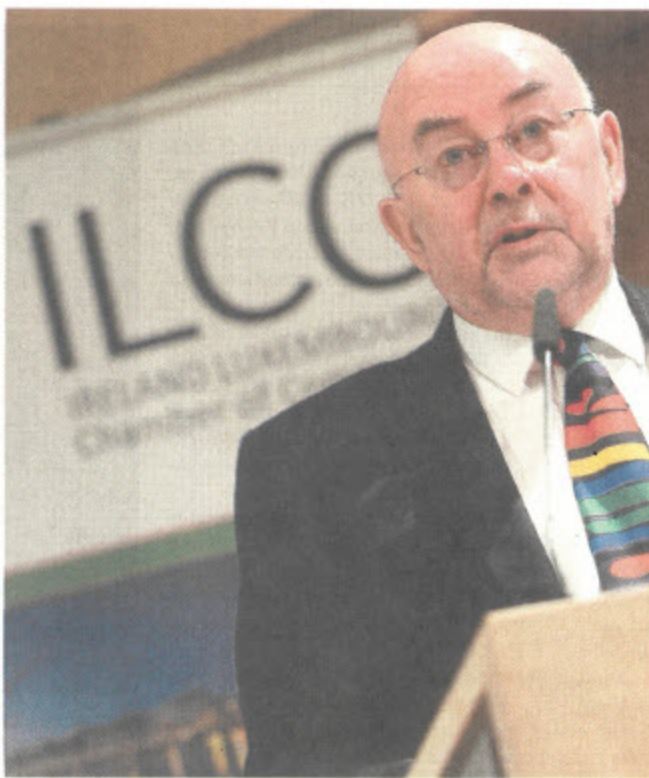
LUXEMBURG
MARCO MENG

Kleine Länder wie Irland und Luxemburg stehen, was die Souveränität der Steuergesetzgebung anbelangt, unter gewissem Druck, oder, um es freundlicher zu formulieren, müssen sich der Herausforderung stellen, die die Globalisierung ihnen stellt. Die Ireland Luxembourg Chamber of Commerce (ILCC) lud gestern zur Debatte zu diesem Thema zu einem Runden Tisch.

Warum der organisiert wurde, erklärte Joe Huggard, Vorsitzender der irisch-luxemburgischen Handelskammer, so: „Der Geld- und Steuerpolitik Luxemburgs wie auch Irlands wurde in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist darum an der Zeit darüber zu reden, wo wir unsere gemeinsamen Anknüpfungspunkte entwickeln können und wie diese kleinen Länder in die größere Debatte passen, die in Europa zum Thema stattfinden muss.“ Aus diesem Grund waren zur Diskussion Politiker, Vertreter der Finanzwirtschaft der beiden Länder eingeladen, sowie ein Vertreter der Nichtregierungsorganisation Oxfam, die sich unter anderem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer stark macht.

Der ehemalige irische Finanzminister Ruairi Quinn, erklärte, Globalisierung sei eine Realität, die nicht rückgängig gemacht werden kann. Sie wird nicht von politischen oder geopolitischen Strategien getrieben, sondern vom technologischen Fortschritt. „Die Märkte haben sich von regionalen und nationalen zu globalen Märkten entwickelt“.

Großkonzerne nutzten die Möglichkeiten, ihre Profite zu maximieren, ob in Ländern wie Großbritannien, USA oder Liechtenstein. Tatsache sei aber, dass wir, was die Steuergesetzgebung und besonders die Besteuerung multinationaler Konzerne betreffe, hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben seien, meinte Quinn gestern zuvor gegenüber dem „Journal“. Wenn es um Steuermanipulierung und Steuervermeidung gehe müsse man das einzige praktikable Vehikel nutzen, das zu unterbin-



Irlands ehemaliger Finanzminister Ruairi Quinn setzt auf die OEA

Foto: F. Pizzoli

heitlichen Marktes ist ihm zufolge eine einheitliche Währung. Das Euro-Projekt sei zwar von den USA oder Großbritannien nicht zufällig als politisch und als ein Fehlschlag bezeichnet worden, doch der Euro habe sogar eine stabilisierende Wirkung auf den Dollar oder das Pfund. Allerdings, erklärt Quinn, dürfe man eine einheitliche Währung nicht mit einer einheitlichen Steuergesetzgebung verwechseln. Dabei erinnerte Quinn daran, dass die Bankenkrise nicht ihren Ursprung im Euro hatte, sondern aus den USA kam.

Nicolas Mackel von Luxembourg for Finance, führte aus, dass Menschen aus großen Ländern, die vom „Steuerparadies Luxemburg“ redeten, das oft schlichtweg aus Unkenntnis des Landes machten. Nach Mackel ist dabei auch der Euro noch nicht komplettiert. Die Mauern, die eingerissen wurden, um einen gemeinsamen Markt zu schaffen, sind zum Teil wieder im Zuge der Eurokrise hochgezogen worden, so Mackel.

werden, ist laut Jim Clarken, Chef von Oxfam Irland, fragwürdig. Das ist besonders dann kontrovers, wenn man es global betrachte, besonders in Schwellenländern. Clarken gibt zu bedenken, dass die Ungleichheit in der Steuergesetzgebung das in ein Gleichgewicht bringen würde. Milliarden Euro gehen laut Clarken Schwellenländern wie Bangladesch diesen Verlust besonders spüren, verloren.

Eine Konsequenz sieht für ILCC-Chef Huggard: Wir brauchen ein funktionierendes System. Globalisierung bedeute, dass die interne Wettbewerbsfähigkeit Europas schwäche. „Es ist entscheidend, dass wir anfangen über sinnlosen und zwecklosen Populismus hinaus zu schauen.“

Quinn sieht indes die Chancen auf eine EU-Fiskalunion als gering. Die Union unterscheide sich zu sehr im Vergleich zu Ländern wie die einigten Staaten. Aber eindeutig müsse das Steuersystem effizienter werden, das sei auch viel bedeutender als höhere Steuern. ●